



LESER-SERVICE 0 8 0 0 / 9 3 5 8 5 3 7

FREITAG, 18. OKTOBER 2013

D 2,10 EURO

Zippert zappt

n Deutschland gibt es immer mehr dicke Kinder. Mit 20 wiegen sie 200 Kilo, mit 40 bringen sie 400 Kilo auf die Waage. Ein fettleibiger Jugendlicher wird als 100-Jähriger 1000 Kilogramm wiegen, als 1000-Jähriger drei Bruttoregistertonnen, das wäre ein Body-Mass-Index von 1455, empfohlen sind circa 21 bis 25. Die Mägen der dicken Kinder sind zu groß, es dauert Tage, sie halbwegs zu füllen. Ein Gefühl der Sättigung stellt sich erst nach einer Woche Nahrungsmittelzufuhr ein. Ärzte tun, was sie immer tun, sie schlagen Alarm und raten zu Operationen. Sie wollen die Mägen der dicken Kinder verkleinern. Die entnommenen Magenmassen sollen gefüllt und in Krisengebiete geschickt werden. Die übervollen Mägen werden an hungernde Kinder verteilt oder gleich transplantiert. Ein Bevölkerungsexperte warnte vor übereilten Aktionen. In Deutschland würden immer weniger Kinder geboren, da sei es gut, wenn jetzt ein dickes Kind so viel Raum wie fünf herkömmliche einnimmt. Dann wirkt Deutschland trotz Bevölkerungsschwund geradezu überfüllt, und Ausländer wissen: Hier ist kein Platz mehr für uns.

THEMEN





Ein Koalitionsfoto; Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) zückt das Handy, NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und CSU-Generalsekrätär Alexander Dobrindt sind amüsiert

Mindestlohn lockt SPD in dritte Ehe mit der Union

Mittwoch soll über eine große Koalition verhandelt werden. Votum des SPD-Konvents steht aus

ROBIN ALEXANDER UND DANIEL FRIEDRICH STURM

vernünftigen Mindestlohnregelung. Wir ne tragfähige Substanz", urteilte er. Offen sei eine Entscheidung des Parteikonven-

KOMMENTAR ULF POSCHARDT

Teuer erkaufte Harmonie

er Erfolg des westlichen Demo-kratiemodells basiert auf sozialen Fortschritten, die das Mündigwerden der Bürger auch mit einer Existenzsicherung im ganz materiellen Sinne verbanden. Den Menschen geht es so gut wie noch nie. Insbesondere in Deutschland, und der Stolz darauf eint über Parteigrenzen hinweg. Der soziale Fortschritt jedoch kam als Idee dabei unter die Räder, seine Parameter wurden quantifiziert. Je mehr Geld für Soziales ausgegeben wurde, umso besser. Nur Masse zählt. Die heraufziehende große Koalition wird diesen schlichtesten Weg des Sozialen nicht nur weiter beschreiten, sondern das Tempo beschleunigen.

Die Diskussion um den Mindestlohn verdeutlicht, wie weit die Neigung zur Banalisierung des Sozialen wuchert. Die Idee, aus dem Niedriglohnsektor per Gesetz einen Okaylohnsektor zu zaubern, so, als hätte der Arbeitsmarkt unendliche Reserven, hat etwas Naives. So unappetitlich manche Gehälter im Augenblick auch sein mögen, so zweifelsfrei waren die Minigehälter für Nicht- oder Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose eine Chance, in das Arbeitsleben einzusteigen. Dabei stand die Entlohnung nicht unbedingt an erster Stelle, sondern das Gefühl der Teilhabe an einer auf Vollbeschäftigung zurasenden Arbeitsgesellschaft.

Wie sehr die Jungen darunter leiden, zeigt Frankreich. Das in Sozialriten erstarrte, in die Extreme drängende Nachbarland hat einen hohen Mindestlohn und eine noch höhere Jugendarbeitslosigkeit. Derlei Kollateralschäden bagatellisieren SPD und Union bei ihrem Elist co

Sport Bundestrainer Löw unterschreibt beim DFB bis 2016

Kommentar Seite 3, Seite 22

Wirtschaft Der Jumbojet wird bei Boeing zum Ladenhüter

Karriere

Stress im Job: So legen Sie sich einen dicken Panzer zu

Seite 30

Aus aller Welt

Mietprozess in Paris: Dürfen 1,5 Ouadratmeter 330 Euro kosten?

Seite 32

Dax Im Minus

Seite 19

□ DAX	□ EURO	Dow
Xetra-Schluss	EZB-Kurs	17.45 Uhr
8811,98	1,3662	15.306,43
Punkte	US-\$	Punkte
-0,38%	+0,74%	-0,44%



welt.de, mobil.welt.de E-Mail: redaktion@welt.de Digitale Angebote: Tel. +4930 / 58 58 53 83 Tel. 0800 / 935 85 37 Fax 0800 / 935 87 37

lötzlich ging alles ganz schnell. Wesentlich früher als erwartet verständigten sich Union und SPD am Donnerstagnachmittag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Ein Gespräch zwischen den Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Sigmar Gabriel (SPD) zu Beginn der dritten Sondierungsgrunde hatte die Weichen für terpräsident und CSU-Chef Seehofer zeigeine Einigung über formale Verhandlungen geebnet. Bereits für Mittwoch sind erste Gespräche angestrebt. Sollte es am Ende zur Neuauflage einer großen Koalition kommen, wäre dies das dritte Bündnis dieser Art. Bereits von 1966 bis 1969 und von 2005 bis 2009 hatten Union und SPD gemeinsam Deutschland regiert.

"Wir glauben, dass wir gemeinsam eine Basis finden können", sagte der SPD-Vorsitzende Gabriel nach den nur zweieinhalbstündigen schwarz-roten Sondierungen in Berlin. Das gelte insbesondere für den gesetzlichen Mindestlohn, sagte Gabriel. "Die Union weiß, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eine zentrale Aufgabe ist, ohne die eine Koalition aus Sicht der SPD keinen Sinn machen würde."

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, es gebe das gemeinsame "Ziel einer

vorab festgelegt noch einander mitgeteilt worden. Bei den Treffen mit der SPD habe man ein "hinreichendes Maß an Gemeinsamkeit erarbeiten können", um das Land vier Jahre zu regieren. Sondierungen würden zwar Koalitionsverhandlungen nicht vorwegnehmen, sagte Gröhe. Es seien aber Prioritäten für Einigungskorridore deutlich geworden. Der bayerische Ministe sich schon jetzt überzeugt, von der neuen großen Koalition: "Das hat alles ei-

weiß ich.", meinte er: "Es passt alles." Er selbst sei schon als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden."

Eine letzte Hürde für die Koalitionsverhandlungen ist das Votum des Kleinen Parteitages der SPD ("Parteikonvent"), der am Sonntag in Berlin tagen wird. Die Verhandlungsgruppe der SPD empfahl einstimmig - also auch mit dem Plazet von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft - eine solche Zustimmung. Ohne ein Einlenken der Union beim Mindestlohn

nach Informationen der "Welt" noch eine schriftliche Zusicherung der Union über erste Einigungen angestrebt, diese aber nicht erhalten. In der mittleren Funktionärsschicht der SPD ist die Skepsis gegenüber einer großen Koalition nach wie vor ausgeprägt. Entsprechend positiv registriert die Parteiführung Signale für schwarz-rote Kompromisse bei den Themen Leiharbeit, Rente, Doppelte Staatsbürgerschaft sowie Investitionen für Bildung und Kommunen.

Die Grünen sind uneins, ob sie nach einem etwaigen Scheitern schwarz-roter Koalitionsverhandlungen noch einmal mit der Union über eine gemeinsame Regierungsbildung beraten sollten. Der badenwürttembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt zeigten sich offen für weitere Gespräche, der frühere Fraktionschef Jürgen Trittin und die Kandidatin für den Parteivorsitz, Simone Peter, lehnten dies hingegen ab. Kretschmann sagte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", es werde "mit Sicherheit" eine weitere Sondierungsrunde von Grünen und Union geben, sollte es nicht zu einer großen Koalition kommen. "Es ist eine Tür geöffnet, die früher eher versiegelt schien."

Siehe Kommentar und Seite 4

Erfolg des Rosskürchens generell Spätwirkungen von Wohltaten kleinredet. Gut gemeint gilt mehr als gut gemacht, Gesinnung mehr als verantwortliches Handeln. Die Träger der Spendierhosen kennen keine Selbstzweifel. Der einfache Weg zur großkoalitionären Harmonie führt über Sozialetats, Renten, Regulierung des Arbeitsmarktes abseits tariflicher Absprachen. Spätfolgen? Pst, nicht jetzt. Merkel will ruhig regieren.

Das Problem ist nicht ein Mindestlohn an sich, sondern die Idee einer einheitlichen Lohnuntergrenze, die die Sozialdemokratie zum Hirschgeweih der Koalitionsjagd gemacht hat. Dieses "einheitlich" passt zum Reflexionsminimalismus des Egalitären, nicht aber zur Buntscheckigkeit der ökonomischen Verhältnisse. Bis zu eine Million Arbeitsplätze könnte ein Mindestlohn von 8,50 Euro kosten. Es träfe vor allem kleine Betriebe, besonders den Osten. Ein Blick auf die Durchschnittslöhne in Polen oder Tschechien zeigt, wohin Arbeitsplätze wandern. Der erste Präkoalitionskompromiss hilft Sigmar Gabriel bei seiner Basis. Dem Land dient er nicht.

ulf.poschardt@welt.de

504 ABGEORDNETE STEHEN HINTER DEM BÜNDNIS

Eine große Koalition würde für 67,2 Prozent der Wählerstimmen stehen und hätte 504 Abgeordnete.

Die Opposition aus Grünen und Linken hätte dagegen mit 17 Prozent der Stimmen und 127 Abgeordneten geradezu Zwergenformat. Allerdings: Bei der ersten großen Koalition 1966 unter Kurt Georg Kiesinger war das Verhältnis noch erdrückender: Damals kamen Union und SPD auf 86,9 Prozent der Wählerstimmen, die einzige Oppositionspartei FDP stand mit 9,5 Prozent ganz klein daneben.

Die Frauen in der SPD knüpfen ihre Zustimmung zu einer großen Koalition an die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote und eines Gesetzes zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen. "Wir brauchen baldmöglichst eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen", sagte Elke Ferner, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), der "Welt". Den Einstieg in eine solche Quote müsse es "während der Legislaturperiode" geben, sagte Ferner.

Göttliche Mathematik

Haben Forscher mit einem Computerprogramm die Existenz Gottes bewiesen?

NORBERT LOSSAU

chon Aristoteles hat es versucht. Thomas von Aquin und René Descartes auch. Und Immanuel Kant und Gottfried Wilhelm Leibniz ebenfalls. Es gibt in der Philosophie eine lange Tradition, mit logischen Argumentationsketten die Existenz Gottes beweisen zu wollen. Naturwissenschaftler, Mathematiker und Atheisten haben diese Versuche nie so recht überzeugt.

Doch jetzt sind es Forscher der FU Berlin und der TU Wien, die mit einem raffinierten Computerprogramm einen logisch sauberen Gottesbeweis erbracht haben. Das heißt, sie haben eine vom österreichischen Mathematiker und bekennenden Christen Kurt Gödel (1906-1978) ersonnene Beweisführung in einem Computer nachvollzogen und als korrekt bestätigt. Dass dabei Christoph Benzmüller und Bruno Woltzenlogel Paleo nach dem gödelschen Vorbild eine "höherstufige Modallogik" zum Einsatz brachten - die selbst den meisten Mathematikern nicht geläufig

ist -, wird bei Skeptikern nur Achselzucken auslösen. Wie sollte es möglich sein, mit Mitteln der Mathematik die Existenz Gottes zu beweisen, wo Gödel selber dafür berühmt wurde, dass der Mathematik erstaunlich enge Erkenntnisgrenzen gesetzt sind? Gödel konnte etwa nachweisen, dass es in der Welt der Mathematik richtige Aussagen gibt, deren Richtigkeit aber niemals bewiesen werden kann. Darunter leiden Mathematiker bis heute.

Der gödelsche Gottesbeweis fußt, wie alles in der Mathematik, auf nicht beweisbaren Grundannahmen, den sogenannten Axiomen. Wenn man Axiome entsprechend wählt, lässt sich aus ihnen letztlich alles folgern. Was den Forschern also glückte, war nur der Nachweis, dass aus den gödelschen Annahmen logisch korrekt so etwas wie die Existenz Gottes folgt. Die eigentliche Nachricht ist vielmehr, dass ein solcher Formalismus von Computern erbracht werden kann. Das hat wichtige Konsequenzen. Den Beweis komplexer Theoreme kann man also tatsächlich Computern überlassen. Ob es aber Gott gibt, bleibt eine Glaubenssache.

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen. Redaktion: Tel. 030/25910, Fax 030/259171606 E-Mail: redaktion@welt.de; Anzeigen: 030/585890, Fax 030/585891, E-Mail anzeigen@welt.de Leserservice: DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin, Tel. 0800/9 35 85 37, Fax 0800/9 35 87 37, E-Mail leser@welt.de

A 2,90 €/B 2,90 €/CH 4,80 CHF/CZ 95 CZK/CY 3,40 €/DK 25 DKR/I.C. 3,20 €/F 3,20 €/FIN 3,20 €/ GB 2,90 GBP / GR 3,00 € / H 820 FT / I 3,20 € / IRL 3,20 € / KRO 28 KN / L 2,90 € / MLT 3,20 € / N 38 NOK NL 2,90 € / E/P 2,90 € (Cont.) / PL 14 PLN / S 42 SEK / SK 3,20 € / SLO 2,80 €

